Str-AP-01

Struktureller Antrag

Antrag an die 62. Mitgliederversammlung des fzs e.V.

Initiator*innen: Vorstand

Titel: **Arbeitsprogramm**

Präambel

Diesem Arbeitsprogramm und dem gesamten Wirken des fzs liegt ein Verständnis zugrunde, das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, Ausgrenzung und Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft anerkennt. Diesen gilt es in jedem Schritt seiner Arbeit zu reflektieren und entgegenzuarbeiten. Das bedeutet auf der einen Seite die ständige selbstkritische Positionierung und Reflexion der eigenen politischen Arbeit. Auf der anderen Seite sehen wir Hochschulen als Orte, an denen auch Stellschrauben zur Veränderung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse angelegt werden können. Daher setzt der fzs sich für kritische und verantwortungsbewusste Wissenschaft ein, die sich in die Gesellschaft einmischt. Der fzs versteht Bildung als Weg, sich kritisch die Welt anzueignen und verantwortlich mit ihr umzugehen. Insofern muss der Zugang zu Bildung allen offenstehen. Diese Grundsätze spiegeln sich im folgenden Arbeitsprogramm und in der Arbeit des fzs wider.

Schwerpunkte

Wohnen

Eines der zentralen Probleme von Student*innen ist die massive Wohnraumproblematik in den meisten Hochschulstädten. Student*innen haben die Wahl zwischen ‘zu teuer’ und ‘kaum bewohnbar’ oder ‘super weit von der Hochschule entfernt’. Mit der Kampagne ‘Lernen am Limit’ und mit dem Aktionsbündnis ‘Wohnen ist Menschenrecht’ wird der fzs sich weiter dafür einsetzen, die Wohnraumpolitik stärker an Interessen der Menschen zu orientieren. Dabei ist die Rolle von Student*innen auf dem Wohnungsmarkt aber

kritisch zu reflektieren. Student*innen sind nicht nur auf dem Wohnungsmarkt beteiligte, sondern tragen auch zu Gentrifizierungsprozessen bei. Die solidarische Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen ist also unerlässlich. Darüber hinaus bietet die Wohnraumproblematik die Möglichkeit, als studentischer Verband politisch Akzente zu setzen, denn es wird als relevantes Thema anerkannt. Um unsere Position zu vertreten muss es weiterhin konsequent professionelle Pressearbeit, eigene Publikationen und Lobbygespräche geben. Auch in anderen Bereichen, wie z.B. im Bologna-Prozess, muss es als Dimension des sozialen Lebens von Student*innen thematisiert werden.

Studienfinanzierung

Der Zugang zu Bildung darf nicht von den ökonomischen Voraussetzungen abhängig sein. Seien es die eigenen oder die der Angehörigen, und ebenso wenig vom Alter, der geographischen Herkunft oder dem bisherigen Bildungswerdegang.

Der fzs setzt sich im Rahmen seiner Arbeit für ein BAföG ein, das Bildungsausschlüssen entgegenwirkt. Dazu arbeitet der Verband im Rahmen des BAföG-Bündnisses und in seiner weiteren parlamentarischen Arbeit auch nach der letzten Novelle auf ein leistungs- und elternunabhängiges BAföG, das als Vollzuschuss zur Verfügung gestellt wird, hin. Insbesondere auf die rechtzeitige Fertigstellung eines nächsten BAföG-Berichts ist zu pochen. Im Rahmen der Kampagne Lernen am Limit werden die Studienfinanzierung und die teilweise prekäre Situation von Student*innen in die Öffentlichkeit getragen und durch Protest eine Verbesserung eingefordert. Auch muss die Studienfinanzierung als soziale Dimension im Bologna-Prozess mitbehandelt werden.

Hochschulfinanzierung

In der ersten Hälfte diesen Jahres wurden Grundsteine für eine neue Beteiligung des Bundes an der Hochschulfinanzierung gelegt: Der Bund steigt mit dem Programm ‘Innovation in der Hochschullehre’ (neuer Qualitätspakt Lehre) und dem ‘Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken’ (neuer Hochschulpakt) in die Finanzierung der Lehre dauerhaft ein. Dabei wurden in der Ausformulierung dieser Vereinbarung nicht alle Potenziale klar festgelegt, es gibt Gestaltungsspielraum für die Länder. Das heißt, es muss in nächster Zeit in Zusammenarbeit mit den Landesstudierendenvertretungen kritisch begleitet werden, wie die Mittel aus dem neuen Hochschulpakt von den Ländern an die Hochschulen verteilt werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass möglichst viele unbefristete Stellen geschaffen werden. Beim neuen Qualitätspakt Lehre ist die Einrichtung der neuen Institution für die Qualität von Lehre kritisch zu begleiten und eine konsequente Beteiligung von Studierendenvertreter*innen einzufordern.

Andererseits werden von einigen Ländern zunehmend Studiengebühren für Teilgruppen eingeführt. So werden viele Menschen selektiv daran gehindert, ein Studium aufnehmen zu können. Dabei muss es Gesellschaftsaufgabe sein, allen die Bildung zu ermöglichen, die sie gerne hätten. Deshalb ist der Kampf gegen jegliche Studiengebühren weiterhin unerlässlicher Teil emanzipatorischer Hochschulpolitik. Detaillierter wird darauf im Abschnitt ‘Aktionsbündnis gegen

Studiengebühren’ eingegangen.

Insgesamt gilt es, alle Entwicklungen in der Hochschulfinanzierung mit der Zielsetzung zu begleiten, dass Hochschulen unabhängig von weiteren Geldgeber*innen gesellschaftlich relevanten Fragestellungen, die Menschen und Umwelt nicht schaden, nachgehen können. Es ist das Ziel, dass alle Menschen, die dies möchten, sich unabhängig ihres Hintergrundes Wissen aneignen können, um sich auf diese Art mit sich und ihrer Umwelt auseinanderzusetzen. Dies erfordert vor allem mehr unbefristet eingestellte Lehrende und Forschende sowie bessere Ausstattung und Räumlichkeiten, einen breitestmöglichen Zugang zu Literatur und die Förderung von Lehrformaten, die möglichst inklusiv sind.

Lehre

Die vielbeschworene Einheit von Lehre und Forschung scheitert symbolisch schon daran, dass die gewöhnliche Reihenfolge der Nennung eine andere ist. Für Studierende hingegen ist der Anspruch einer guten, mit Forschung verbundener, Lehre essenziell. Dabei ist gute Lehre nicht von ihren materiellen Rahmenbedingungen getrennt zu betrachten. Doch die Frage, was gute Lehre überhaupt sei, findet keine leichte Antwort und kann DIE Antwort ohnehin nicht finden.

Der fzs unterstützt die Auseinandersetzung mit Lehre, guter Lehre und ihren Rahmenbedingungen. Einen zentralen Rahmen zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen soll der Kongress zu Studium und Lehre bieten. Auf Basis seiner Ergebnisse soll weitere Arbeit zu diesem Themenkomplex erfolgen.

Arbeitsbedingungen

Das Themenfeld Arbeitsbedingungen wird auch in der kommenden Amtsperiode von hoher Relevanz bleiben. Dazu zählen zum einen studentische Arbeitsbedingungen, aber auch die Verhältnisse, in denen Angestellte sich an Hochschulen insgesamt bewegen (müssen). Diese sind nach wie vor enorm prekär, mit fatalen Folgen nicht nur für die betroffenen Angestellten, sondern auch für die Qualität von Studium, Lehre und Forschung. Hierzu wird der fzs weiterhin in den existierenden Bündnissen, wie dem zur Kampagne “Frist ist Frust”, arbeiten. Die Mitglieder des Bündnisses, wie das Netzwerk für gute Arbeit in der Wissenschaft, ver.di und die GEW sind für uns als Kooperationspartner*innen auch über die Kampagne hinaus sehr wichtig. Dasselbe gilt für die zugehörigen studentischen Strukturen innerhalb dieser Gewerkschaften und auch für die Gewerkschaft IG Metall.

Zum Themenkomplex studentischer Arbeitsbedingungen ist im vergangenen Jahr einiges passiert, vieles davon außerhalb vom fzs. In Zukunft wird der fzs versuchen, sich noch mehr als Vernetzungsplattform zu etablieren. Wir wollen gemeinsam mit allen Gruppen, die für gute Arbeitsbedingungen von Student*innen kämpfen, um solidarische Wege finden, wie wir die Forderungen auf noch breitere Beine stellen können. Damit kann die Bewegung für studentische Tarifverträge auch in den Flächenländern besser voranbringen können. Auch auf internationaler Ebene sollte versucht werden, den Druck auf Hochschulen und Ministerien zu

vergrößern. Die Arbeitsgruppe zu Teaching & Learning im Bologna-Prozess kann hier eine wichtige Funktion haben.

Hochschulstrukturen und Demokratie

In Thüringen wurde das Hochschulgesetz so geändert, dass in manchen Situationen Entscheidungen unter Viertelparität stattfinden. Dadurch sehen sich Professor*innen bedroht: Sie haben geklagt und behaupten, dadurch sei die Wissenschaftsfreiheit nicht mehr gewährleistet. Diese Argumentation beruht auf einem Urteil aus den 70er Jahren. Aufgrund dieses Urteils gibt es in den meisten Gremien eine Professor*innenmehrheit. Dieses Urteil wurde immer wieder bestätigt. Dass Wissenschaftsfreiheit nicht mit der Narrenfreiheit von Professor*innen gleichzusetzen ist, scheint außer den klagenden Profs aber allgemein einleuchtend. Wichtig ist nun, dass das Bundesverfassungsgericht nicht auf das veraltete Urteil zurückgreift, sondern neue Debatten mit in die Urteilsfindung einbezieht und sich der Rolle aller Hochschulangehörigen für die Wissenschaft bewusstwird. Aufgabe des fzs muss es sein, in die Debatte fundierte Anstöße darüber einzubringen, wie Wissenschaftsfreiheit auch unter demokratischen Verhältnissen an der Hochschule gewährleistet wird. Das heißt, der fzs muss sich detailliert positionieren und die Positionierung medial verbreiten.

Zudem ist es wichtig, eine Kultur der echten Beteiligung einzufordern und Spielräume, die aktuell noch nicht genutzt werden, zu nutzen. Studierendenschaften und Landesstudierendenvertretungen sollen dabei unterstützt werden, Ideen für solche Spielräume zu entwickeln und in Gesetzgebungsprozessen oder im Hochschulalltag einzufordern. Kultur der Mitbestimmung heißt aber nicht nur, eine ausgewogene Gremienbesetzung. Es bedeutet auch, dass auch schon auf der kleinsten Ebene, wie in Seminaren und Instituten von allen entsprechend Beteiligten mitentschieden werden kann. Doch nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in den eigenen Strukturen gilt es, demokratische Partizipation voranzutreiben. Der fzs praktiziert möglichst große Transparenz gegenüber den Mitgliedern. Er kommuniziert Entscheidungen und Beteiligungsmöglichkeiten. Zudem hört er Interessierte und Betroffene an und bindet sie ein.

Nachhaltigkeit

Wozu noch zur Vorlesung gehen, wenn draußen die Welt brennt? Der fzs unterstützt den Kampf gegen den Klimawandel in Gremien, an der Hochschule und auf der Straße. In Zusammenarbeit mit anderen klimapolitischen Akteur*innen wie dem netzwerk n und Fridays for Future wird der fzs sich an einer Nachhaltigkeitskampagne an Hochschulen beteiligen. Der fzs wird seine Arbeit im Fachforum Hochschule fortsetzen und weiterhin Strukturen für die Vernetzung von Studierenden in dem Prozess bieten.

Gegen soziale Ausgrenzung und Herrschaftsverhältnisse

Auch Hochschulen und Studierendenvertretungen sind in ihrem Alltag und strukturell von Herrschaftsverhältnissen geprägt.

Gegen Antisemitismus

Bei der Arbeit gegen Antisemitismus ist im vergangenen Jahr enorm viel passiert. Viele der angefangenen Projekte werden fortgeführt. Dazu gehört die Kooperation mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Jüdischen Studierendenunion Deutschland ebenso wie die weitere internationale Zusammenarbeit mit der israelischen Student Union (NUIS) und anderen Akteur*innen in Israel.

Es wird Folgeveranstaltung an die Erste Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz angestrebt. Deren Ziel ist es die Positionen in die Bereit zu verteilen und auch über die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu etablieren.

Diese Form des Policy-Making ist sehr wichtig und im fzs in der Vergangenheit wenig verfolgt worden. Im Kontext der Arbeit gegen Antisemitismus ist es jedoch angesichts der aktuellen Entwicklungen besonders wichtig, in die Öffentlichkeit hineinzuwirken. Darüber hinaus wird auch weiterhin politische Bildung zum Thema Antisemitismus, Antisemitismus am Campus und zunehmendem Antizionismus geleistet. Innerhalb wie außerhalb der Zweiten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz.

Über den Kongress bietet sich dem fzs aktuell die Möglichkeit, Studienreisen nach Israel zu organisieren. Diese Möglichkeit sollte weiterverfolgt werden, da sie als gelebter Austausch einen wichtigen Bestandteil dessen ausmacht, was der fzs in diesem Kontext erwirken kann. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Reise, wenn sie stattfindet, entsprechend vor- und nachbereitet wird. Zum einen, um Nachfolgeprojekte zu ermöglichen, zum anderen um sicher zu stellen, dass es den Teilnehmenden möglich ist, als Multiplikator*innen in ihre eigenen Kontexte zu wirken.

Zudem wird der fzs die Möglichkeit in Betracht ziehen, bestehende Strukturen bei ihrer Recherche zu Antisemitismus am Campus zu unterstützen - finanziell und durch sein Netzwerk - um ein differenzierteres Bild zu bekommen, wie sich die Problematik bundesweit äußert.

Schließlich ist es wichtig, entsprechend der beschiedenen Resolution, für eine bessere Behandlung der verschiedene Facetten von Antisemitismus in der Lehrer*innenbildung zu sorgen. Es soll nicht ausschließlich über den Vernichtungsantisemitismus der NS-Zeit gesprochen werden, sondern auch über Antisemitismus heute und die Rolle des Staates Israel in diesem Kontext.

Feminismus

Auch das patriarchale Herrschaftsverhältnis wirkt in unserem Alltag und unseren Strukturen fort.

Feminismus ist für den fzs weiterhin eine Querschnittsaufgabe. Das bedeutet,

spezifisch die cis-heteronormativen Geschlechterverhältnisse an den Hochschulen und in den Studierendenvertretungen kritisch zu hinterfragen. Das Wissen dazu soll über Auseinandersetzungen und Austausch verbreitet werden. Dies geschieht mit Hilfe von beispielsweise Informationsmaterial, Seminaren und Workshops. Der fzs wird auch künftig den Streit für echte Gleichberechtigung vorantreiben und unterstützen.

Mit der Kampagne gesellschaft*macht*geschlecht werden feministische Bestrebungen miteinander vernetzt. Andererseits bedeutet das auch die konsequente feministische Praxis im eigenen Verband: Inhalte und Strukturen werden darauf geprüft, ob sie die Geschlechterverhältnisse reproduzieren, ob sie Frauen*, Trans*, Inter*, Nonbinary* diskriminieren. Darüber hinaus wird eine Förderung der Beteiligung bzw. ein Abbau der Hürden zur Beteiligung in allen Bereichen der Verbandsarbeit angestrebt. Feminismus konsequent zu denken bedeutet auch, intersektionale Aspekte miteinzubeziehen. In Verbindung mit Antidiskriminierungsmaßnahmen muss beachtet werden, dass sie nicht nur auf weiße, ableisierte Cis-Frauen aus akademischem Hintergrund abzielen. Stattdessen erfordern verschiedene Lebensrealitäten verschiedene (Bildungs-)Programme und Aktionen - dies beinhaltet enthindernde und antirassistische Maßnahmen.

Auf die spezifische frauen- und geschlechterpolitische Arbeit des Verbandes wird auch im Abschnitt ‘gesellschaft*macht*geschlecht*’, ‘Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung’ und ‘Ausschuss für Mutterschutz’ eingegangen.

Antirassismus

Im vergangenen Jahr wurde die verstärkte Auseinandersetzung damit angestoßen, dass der fzs ein sehr *weißer* Verband ist, nur sehr wenige People of Colour (PoC) sind im Verband aktiv. Wir müssen davon ausgehen, dass dies auch an den Strukturen und Inhalten des Verbandes liegt. Zudem muss uns bewusst sein, dass wir nicht außerhalb rassistischer Gesellschaftsstrukturen agieren können. Deshalb muss konsequent das eigene politische Handeln und auch Interaktionen daraufhin reflektiert werden, ob und wie dadurch rassistische Verhältnisse (re)produziert werden.

Der fzs bemüht sich, Strukturen zu entwickeln, die diesem Zustand entgegenwirken. Dazu setzt sich der Verband nicht nur kritisch mit der eigenen Struktur auseinander, sondern befasst sich intensiv mit verschiedenen Rassismen, wie Rassismus gegen PoC und Antiziganismus. Dazu vernetzt sich der Verband mit den entsprechenden dazu arbeitenden Strukturen, bspw. dem Bundesverband ausländischer Studierender, der Studierendengruppe des Zentralrats der Sinti und Roma, dem Bund der alevitischen Studierenden und der Vertretung der kurdischen Studierenden, YXK.

Antifaschismus

Für die politische Bildung gegen faschistische und autoritäre Tendenzen hat der fzs die Kampagne ‘never again!’, welche nun das zweite Mal stattfinden wird. Aber auch über die Kampagne hinaus ist es wichtig, sich wann immer möglich

antifaschistisch zu positionieren. Rechte Strukturen und rechte Gewalt nehmen zu und rechte Parteien werden vermehrt gewählt. Das ist auch Auftrag an uns, uns gegen diese Entwicklungen zu stellen, wann immer möglich. Sei es durch Aufklärung und politische Bildung oder durch die Beteiligung an Protesten gegen Rechts. Verschiedene konkrete Maßnahmen werden in Zukunft angegangen: Es wird in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Politische Bildung ein Handout zum Umgang mit der AfD an Hochschulen und mit “Campus Alternativen” erstellt. Diese soll möglichst rechtssicher sein und Studierendenschaften darüber informiert, welche Möglichkeiten sie an welcher Stelle haben und welche nicht (z.B. bei Anfragen von AfD-Landtagsfraktionen).

Die Arbeit gegen Burschenschaften ist nicht vorbei! Burschenschaften sind oftmals Räume, in denen rechtes Gedankengut kultiviert wird. Dazu sind Burschenschaften in der Regel gut vernetzt, sowohl in bürgerliche als auch in extrem rechte Spektren. Ein wichtiger Ort zur antifaschistischen Arbeit gegen rechts ist die neu entstehende studentische Vernetzung gegen rechts mit einem explizit antifaschistischen Verständnis. Auch hier kann die Unterstützung von Recherchearbeiten ein zentraler Bestandteil der effektiven Arbeit sein.

Internationales

Die internationale Arbeit des fzs hat sich in den letzten Jahren enorm verbessert. Dieser Standard sollte beibehalten werden. Wichtig ist, dass der gesamte Verband mitbekommt oder mitbekommen kann, was auf dieser abstrakten Ebene passiert. Dafür muss ein Weg gefunden werden - z.B. im Rahmen des regelmäßigen Newsletters eine Sektion Internationales aufzunehmen und möglichst barrierearm über ESU, Bologna und internationale Solidaritätsarbeit zu schreiben.

Neben den Themen, die bereits auf der Agenda sind, wie die soziale Dimension und Teaching & Learning wird der fzs sich im kommenden Jahr mehr mit Fragen akademischer Freiheit beschäftigen, da dieses Thema gerade von hoher Relevanz ist. Global sind Einschränkungen dieser fundamentalen Freiheit zu beobachten, innerhalb wie außerhalb Europas. Dies muss auf unterschiedlichen Ebenen adressiert werden. Zum einen durch konkrete Solidaritätsarbeit mit den Betroffenen. Denn oftmals sind von den repressiven Maßnahmen auch Studierende betroffen, die z.B. in ihrer Freiheit zu protestieren eingeschränkt werden oder nicht mehr studieren können, was sie möchten. Außerdem wird der fzs gemeinsam mit den zuständigen Organisationen und Personen, z.B. in der nationalen Bologna Follow-Up Group und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung zu diesem Thema arbeiten. Der Verband wird die studentische Perspektive auf dieses Thema einbringen, wenn über den Umgang mit derlei Einschränkungen in der EU oder im Bologna-Prozess gesprochen wird. Wichtig ist, dass hierbei nicht nur direkte Einschränkungen, z.B. durch Regierungen betrachtet werden, sondern auch solche, die über zu starke Drittmittelabhängigkeit und durch schlechte Arbeitsbedingungen entstehen.

In 2020 übernimmt Deutschland die Präsidentschaft des europäischen Rates. In der European Students’ Union bedeutet das, dass die Ausrichtung einer ‘European Students’ Convention’ (ESC) beim fzs liegt, sofern wir das möchten. Die ESC ist,

grob gesagt, eine Mischung aus einem Vernetzungs- und Arbeitstreffen und einem inhaltlichen Seminar. Eine solche Veranstaltung würde die Möglichkeit bieten, ein starkes Signal an die Verantwortlichen in Deutschland und der EU zu senden und den Austausch mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung zu verstärken, ebenso wie die Rolle des fzs in der European Students' Union. Daher sollte der fzs alles in die Wege leiten, um eine produktive European Students' Convention in 2020 auszurichten.

Inklusion als Transformation

An Hochschulen gibt es viele Hürden für Menschen, die als 'nicht gesund' eingeordnet werden. Dazu gehören Menschen mit Behinderung, chronischen, physischer oder psychischen Erkrankungen. Der fzs sieht jedoch nicht das Problem bei den so eingeordneten Menschen, sondern darin, wie die Gesellschaft und die Hochschule eingerichtet sind. Ziel einer antidiskriminierenden Politik des fzs muss es sein, darauf hinzuarbeiten, dass diverseste Menschen an Bildung und an einer selbstbestimmten Gestaltung der Bildung teilhaben können. Deshalb setzt er sich mit potenziellen Hürden für verschiedene Formen der Neurodiversität, durch psychosozialen Stress und physische Behinderungen auseinander und erarbeitet gemeinsam mit Stigmatisierten an der Beseitigung der Hürden an der Hochschule und in der Hochschulpolitik. Dafür müssen unterstützende Rahmenbedingungen im Studium geschaffen werden - z.B. in der Studienfinanzierung oder in der Flexibilität des Studienalltags - sowie Hürden in der Beteiligung im fzs abgebaut werden. Dabei ist insbesondere bei der Veranstaltungsorganisation (unter anderem beim Buchen von Veranstaltungsorten, dem Einrichten von Rückzugsräumen, technischer Unterstützung, ...) und in der Kommunikation über solche Möglichkeiten verstärkt zu achten. Insgesamt muss Inklusion als Querschnittsthema mitgedacht werden, beispielsweise auch beim kritischen Durchleuchten von Hochschulgesetzesnovellen.

Klassismus und Studierende ohne akademischen Hintergrund

Arbeiter*innenkinder sind im Bildungssystem strukturell benachteiligt. Ein deutlich größerer Anteil der Akademiker*innenkinder nimmt ein Studium auf. Das verstärkt sich noch mit Blick auf Master, Promotion und eine weitere wissenschaftliche Karriere. Der fzs wird dieses Thema verstärkt in seiner Bildungsarbeit thematisieren, Artikel dazu verfassen und Kontakt zu Vertretungsstrukturen von Studierenden ohne akademischen Hintergrund aufbauen.

Insbesondere im Kontext der Auseinandersetzung mit dem BAföG oder anlässlich neuer Statistiken wird der fzs dazu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen und strebt eine aktualisierte Positionierung zum Thema an.

In seinen eigenen Strukturen wird der fzs darauf achten, Veranstaltungen und Texte so hürdenlos wie möglich zu gestalten. Dazu gehört es, Abkürzungen zu vermeiden, Fachworte von selbst zu erklären und auf einem Niveau zu diskutieren, das zum Mitdiskutieren einlädt und neugierig macht, statt zum resignierten Schweigen zu zwingen. Darauf haben alle Verbandsaktiven zu achten. Die Antidiskriminierungsbeauftragten sowie der Vorstand sind ansprechbar für Probleme und überprüfen Gesprächsregeln ebenso wie die Praxis von Redeleitungen,

Moderationen und Referent*innen bei Mitgliederversammlungen, Ausschusssitzungen und Seminaren.

Der fzs strebt eine weitere Auseinandersetzung mit der Exklusivität von Studierendenvertretungen, mit einem Schwerpunkt auf Nicht-Akademiker*innenkindern, an.

Praxis

In der Verfolgung dieser Ziele und Schwerpunkte geht der fzs wie folgt strategisch vor:

Kampagnen

Lernen am Limit

Mit der Kampagne Lernen am Limit werden gleich mehrere Kernthemen des fzs angegangen. Zur Zeit sind Student*innen durch Wohnungsnot, Schwierigkeiten bei der Studienfinanzierung und den Auswirkungen der Hochschulfinanzierung mit großen und direkt spürbaren Problemen konfrontiert. Daher kann sie der Verband besonders gut ansprechen und sehr gut mobilisieren.Ziel der Kampagne ist es, die Probleme der Studierenden, die durch eine in einem größeren Zusammenhang stehende Sparpolitik im Bildungsbereich mitverursacht werden zu thematisieren. Die soll sowohl öffentlichkeitswirksam als auch innerhalb der Studierendenschaften passieren. Dazu wird in einem ersten Schritt von Studierendenschaften mit den Studierenden lokal vor Ort in Kontakt getreten: Die Probleme werden angesprochen und mit Hilfe von Informationsveranstaltungen, -materialien und kreativen Angeboten an die Student*innen herangetragen und in einen größeren, systematischen Kontext gestellt. Dabei werden die Student*innen immer wieder auf die Möglichkeit, sich durch Protest und kontinuierliche politische Arbeit zu äußern, hingewiesen. Unterstützt wird dies vom fzs mit der Bereitstellung von Informations- und Mobilisationsmaterialien, Hilfestellung bei der Planung und Suche von Referent*innen sowie bei der Pressearbeit vor Ort, einem gemeinsamen Design und der Weiterverbreitung über Social Media.

In einem zweiten Schritt soll am 30. Oktober ein dezentraler Aktionstag stattfinden, der den Problemen und Forderungen der Student*innen öffentlichkeitswirksam Ausdruck verleiht und entscheidungstreffenden Politiker*innen ein Aktions- und Widerstandspotenzial unter Student*innen aufzeigt. Zudem können Student*innen erfahren, wie man in gemeinsamen Aktionen Aufmerksamkeit und dadurch u.U. auch Veränderung hervorrufen kann. Der fzs unterstützt bei der Organisation von Veranstaltungen und koordiniert die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Termin. Auch Proteste und Veranstaltungen, die nicht genau in diesen Zeitplan eingebettet sind, können Teil der Lernen am Limit-Kampagne sein. Der Vorstand bemüht sich darum, die Proteste zu bündeln, im Kontakt mit den Personen vor Ort zu unterstützen und schlagkräftig darzustellen.

Im Anschluss an den Aktionszeitraum wird die Kampagne evaluiert und mögliche

Anschlusspunkte gesucht. Beispielsweise die Kampagne ‘Bildung ist anders‘ des Bündnisses ‘Lernfabriken ...meutern!’ knüpft zum Teil an die Finanzierungsproblematik an und führt eine Kritik an den Auswirkungen der dadurch entstehenden Lehr- und Lernbedingungen fort. Der fzs unterstützt die Verbreitung der Kampagne unter bei Lernen am Limit Aktiven (und darüber hinaus).

Aktionsbündnis "Wohnen ist Menschenrecht"

Der fzs wird im neu gegründeten Aktionsbündnis eine tragende Rolle einnehmen, die Problematisierung studentischer Wohnungsnot in die Aktivitäten des Bündnisses einbringen und seine Bündnisaktivitäten in den Kontext der ‘Lernen am Limit’-Kampagne stellen. Der fzs sieht das Aktionsbündnis als Gelegenheit, den Kampf gegen studentische Wohnungsnot solidarisch mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen und allen von steigenden Mieten und Verdrängung Betroffenen zu führen.

festival contre le racisme

Das festival contre le racisme (fclr) wird natürlich fortgesetzt. Es sollen neue Standorte und Kooperationspartner*innen gewonnen werden. Während der gemeinsame Aufruf mit dem Bundesverband ausländischer Studierender gesetzt ist, sollten je nach Jahresthema auch andere Akteur*innen, bspw. Seebrücken-Bündnisse, hinzugezogen werden.

Es wird angestrebt, einen Reader (Arbeitstitel “Handbuch: Campusfestival”) herauszugeben, der bei der Organisation von Campusfesten hilft und dabei einen fclr-Schwerpunkt hat. Weiterhin wird der begonnene Kontakt zu Musiklabels und Booking-Agenturen vertieft, um eine längerfristige Kooperation, bspw. durch standortübergreifende Booking-Rahmenverträge zu erreichen. So sollen einerseits auch kleinere Standorte von bekannteren Acts profitieren können und andererseits kleinere Acts eine Bühne bei einem großen festival contre le racisme bespielen können.

Schwerpunkt des Vorbereitungsseminares soll zum einen die Vernetzung der Ausrichter*innen sein und zum anderen auch eine Vertiefung im Bereich Veranstaltungsorganisation und -werbung sowie zum Leitthema bieten.

Zum Festival 2020 wird die neue Website fertig sein, ebenso wie Vorlagen für Werbematerialien oder Social Media-Arbeit. Es wird weiterhin angestrebt, die Programme der Orte nicht nur auf der Website zu archivieren, sondern sie bestenfalls auch durch Besuche vor Ort in den sozialen Medien zum entsprechenden Veranstaltungszeitpunkt darzustellen.

gesellschaft*macht*geschlecht

g*m*g wird auch in 2019 durchgeführt. Hierfür wird eine neue Website zur Verfügung stehen, um Material zur Verfügung zu stellen, thematische Infos anzubieten und die Programme vor Ort abzubilden. Elementar ist dafür die Pflege

der Website, um auch die Kontaktoptionen darzustellen und den feministischen Newsletter weiter zu verbreiten.

Der Kontakt zu den teilnehmenden Studierendenschaften und Gruppen wird intensiviert und besser dokumentiert. So solldie Kommunikation langfristig zu verbessern und auch Fluktuation auf Seite der Veranstalter*innen und auf Seite des fzs abfangen.

Ziel ist es, die Kampagne verstärkt in Medien unterzubringen. Das geschieht durch eine gut geplante Presse- und Social Media-Arbeit im Kampagnenzeitraum, die an konkreten Themen orientiert ist und bestenfalls in Kooperation mit Gruppen vor Ort Anlässe für Berichterstattung schafft.

Die Social Media-Arbeit sowie der Newsletter werden auch außerhalb des Aktionszeitraumes wie bisher regelmäßig auf Ereignisse und Veranstaltungen im feministischen Kontext hinweisen.

never again!

2020 wird auch die Kampange never again! weiter fortgeführt werden. Bis zum Aktionszeitraum sollen mehr Standorte gewonnen werden, die eigene Veranstaltungen realisieren. Die neue Kampagnenwebsite wird die Aktionstage begleiten und Materialien und informative Texte bereitstellen. In dieser Zeit sollen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des fzs die Aktionen vor Ort und auch die historische Verantwortung von Studierendenschaften, insbesondere des bundesweiten Verbandes, thematisieren. Diese soll weiter dazu anregen, die Geschichte der eigenen Hochschule oder des eigenen Studienfaches aufzuarbeiten. Dazu werden insbesondere auch Fachschaften angesprochen.

Es wird gemeinsam mit dem Ausschuss Politische Bildung am Themenschwerpunkt gearbeitet, um dazu passende Materialien und Referent*innen zu vermitteln und lokale Strukturen anzuwerben. Neben einer Orientierung am Thema Antiziganismus könnte rechte Gewalt in den Fokus gerückt werden. Der fzs-Winterkongress wird wieder am Schwerpunktthema der Aktionstage never again! orientiert sein

Bündnisarbeit

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

Der freie Zugang zu Bildung für alle, unabhängig des sozio-ökonomischen Status, des Alters, der Herkunft oder des bisherigen Bildungswerdegangs ist ein wichtiges Ziel des fzs. Leider wird immer wieder debattiert, die Finanzierung von Bildung auf Individuen zu verlagern. Diese Individualisierung ist genauso typisch für neoliberale Debatten wie unnötig. Es ist klar, dass Bildung allen kostenlos zur Verfügung stehen muss – von der Krippe bis zur Promotion. Der fzs beteiligt sich an den Kampagnen und Projekten des Aktionsbündnisses gegen Bildungs- und Studiengebühren (ABS) und stellt sich vehement gegen jede Form von Studiengebühren. Die aktuell immer wieder auftauchenden Debatten um rassistische

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen dürfen nicht weiter um sich greifen. Des Weiteren wird der fzs zusammen mit Landesstudierendenvertretungen und dem ABS an der Abschaffung aller anderen (versteckten) Studiengebühren von Verwaltungskosten bis Langzeitstudiengebühren arbeiten. Der Verband wird sich weiter im Rat des ABS beteiligen sowie das ABS weiter strukturell (Personalverwaltung, Buchhaltung) unterstützen.

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Die feministische Politik des Verbandes erfordert es, sich auch praktisch gegen die normative Verstetigung der herrschaftlich strukturierten Geschlechterverhältnisse einzusetzen. Ein Moment, in dem diese Geschlechterverhältnisse reproduziert werden, sind Sexualnormen und die Einschränkung der Selbstbestimmung über unsere Körper. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung setzt sich aktiv mit Aktionstagen und Informationsmaterialien und -ständen für die sexuelle Selbstbestimmung, für den entkriminalisierten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und für eine bessere medizinische und soziale Infrastruktur ein.

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung wird weiter unterstützt. Am 28.9. wird zum bundesweiten Aktionstag aufgerufen. Unterstützung bedeutet hauptsächlich, bundesweit zu mobilisieren, über Social Media, Informationskanäle des fzs und wenn es die zeitlichen Ressourcen hergeben auch über die aktive organisatorische Mitarbeit in der bundesweiten AG. Darüber hinaus soll verstärkt Kontakt mit Initiativen von Medizinstudierenden und deren Vertretungen aufgenommen werden, die sich pro-choice engagieren und für die Thematisierung von Schwangerschaftsabbrüchen im Studium einsetzen.

BAföG-Bündnis

Nach der kürzlich erfolgten Novellierung des BAföG wird sich das BAföG-Bündnis in der zweiten Jahreshälfte 2019 auf die künftigen Aufgaben und Themen vorbereiten. Der fzs wird sich weiterhin aktiv in das Bündnis einbringen und Schwerpunkt auf Grundlage des bestehenden BAföG-Beschlusses einbringen.

fridays for future

Mit ihren Bildungsstreiks für das Klima hat die fridays-for-future-Bewegung eine großartige und unterstützenswerte Dynamik in den Kampf gegen den Klimawandel gebracht. Nicht nur Schüler*innen sondern auch zahlreiche Student*innen wirken in diesem Kontext mit. Der fzs unterstützt diese Bewegung personell und strukturell und bietet Unterstützung bei Inhalten und Vernetzung an.

Frist ist Frust

Die Kampagne Frist ist Frust ist nach wie vor wichtig, auch wenn der eigentliche Anlass - die Verhandlungen des Hochschulpakts - abgeschlossen ist. Die Themen und die Probleme bleiben aktuell und es wird weiter dazu gearbeitet werden, wenn

möglich auch im Rahmen der Kampagne. Es bleibt weiterhin eine Frage offen, die den Kern der "Frist-ist-Frust"-Kampange stellt: Wie werden die vereinbarten Pakte tatsächlich umgesetzt? Dies wird kritisch betrachtet und begleitet werden.

Hochschulwatch

Das Projekt “Hochschulwatch” wird neu aufgelegt. Der fzs beteiligt sich dabei mit personellen Ressourcen an der Recherche und an der grundsätzlichen Struktur, genau wie an der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere zum Launch und anlassbezogen, bspw. zu Erweiterungen der Daten. Der fzs beteiligt sich außerdem am Beirat, der bei Transparency International Deutschland angesiedelt ist. Dabei achtet der fzs darauf, dass insbesondere die Perspektive von Studierenden auf Wissenschaftsförderung, Auftragsforschung und Transparenz zur Sprache kommt und das Projekt nicht einschläft.

Lernfabriken ...meutern!

Lernfabriken ...meutern! (lfm) ist ein vom fzs unterstütztes Bündnis aus Verbänden, Schüler*innen- und Studierendenvertretungen, Regionalbündnissen und Einzelpersonen. Es spricht mit den drei Hauptthemen Ökonomisierung, Ausgrenzung und fehlender Demokratisierung Problematiken an, die auch für den fzs auf Hochschulebene zentral sind. Die bisherige strukturelle Unterstützung des Bündnisses wird weitergeführt. Darüber hinaus wird der fzs sich verstärkt darum bemühen, auch Studierendenvertretungen als aktive Bündnispartner*innen zu gewinnen. lfm ist eine gute Möglichkeit für Studierendenvertretungen, auch lokal mit anderen bildungspolitischen Akteur*innen, z.B. Schüler*innenvertretungen oder progressiven politischen Initiativen in Kontakt zu kommen und zusammenzuarbeiten. Zudem wird der fzs weiterhin daran mitwirken, Aktionen und Veranstaltungen von lfm zu bewerben und neue Bündnispartner*innen zu gewinnen. Dies alles ist besonders in Hinblick auf die Kampagne ‘Bildung ist anders’ relevant. Die Kampagne greift zentrale Problematiken aus dem Studierendenleben auf: Die katastrophalen Lehr- und Arbeitsbedingungen, die ganz aktuell als Konsequenz der Mangelfinanzierung im ganzen Bildungssystem spürbar sind. In Schule, KiTa und Hochschule fehlt es an Lehr- und Betreuungskräften, die Lehrkräfte sind überarbeitet und statt mehr Geld in die Bildung zu stecken, wird der Mangel verwaltet: Mit Notendruck werden Studis und Schüler*innen durch das Bildungssystem gepeitscht. Zwischen Individuen und Institutionen wird ein Wettbewerb geschaffen, um um die gering gehaltenen Mittel zu konkurrieren. Die Liste der Konsequenzen lässt sich fortsetzen. Student*innen alleine können diese Probleme nicht angehen, es Bedarf des breiten Protests, der von Schüler*innen, Erzieher*innen, Lehrkräften, Mitarbeiter*innen im Bildungsbereich und Student*innen gemeinsam organisiert und getragen wird. Gerade die Studierendenvertretungen und der fzs können hoffentlich das Protestmoment aus der Lernen am Limit-Kampagne nutzen und zu breiteren Protesten im Juni 2020 mobilisieren.

Bundesverband ausländischer Studierender

Im Rahmen der Arbeit zum Abbau rassistischer Hürden im Verband und der Ermöglichung der Beteiligung aller ist die weitere Zusammenarbeit mit dem

Bundesverband ausländischer Studierender unerlässlich. Der Kontakt und der Austausch über Strukturen wird gesucht, sowie versucht, Menschen aus Ausländer*innenreferaten aktiver für die Arbeit im fzs zu begeistern. Der fzs wird bei seinem Kontakt zu Studierendenschaften auch auf den BAS und seine wichtige Arbeit hinweisen und die Mitgliedschaft im BAS nahelegen. Nicht nur im Verband, auch darüber hinaus arbeiten wir zum Abbau von Diskriminierung mit dem BAS zusammen und gestalten mit ihm weiter das fclr.

Es wird angestrebt, gemeinsam mit dem BAS und den Studierenden aus dem DAAD eine Nachfolgekonferenz zur Tagung “Internationalisierung der Hochschule: Chancen und Herausforderungen für Studierendenschaften” zu veranstalten.

Studentischer Akkreditierungspool

Die strukturelle Unterstützung des studentischen Akkreditierungspools wird fortgesetzt und bei Bedarf verstärkt, außerdem wird eine inhaltliche Mitarbeit angestrebt, wo immer es möglich ist und sich thematisch anbietet.

Lobbyarbeit

Der Kontakt zu Parteien und Abgeordneten wird weiter ausgebaut bzw. beibehalten. Bei einzelnen Anträgen oder kleinen Anfragen zur Informationsbeschaffung arbeitet der fzs mit einzelnen Abgeordneten und Parteien (nicht jedoch mit der AfD oder ihr nahestehenden Organisationen) zusammen, wenn die inhaltlichen Positionierungen eng beieinander liegen oder Möglichkeiten gesehen werden, die studentische Perspektive tatsächlich unterbringen zu können. Insbesondere zu den Jugendverbänden und Hochschulgruppen der Parteien hat sich eine Vernetzung in Bündnissen und durch inhaltliche Zusammenarbeit bei einzelnen Punkten bewährt. Der fzs steht dafür zur Verfügung, insbesondere die Landesstudierendenvertretungen bei ihrer eigenen Lobbyarbeit zu unterstützen. Der fzs wird seine Kontakte ausbauen, um auch die bundesweite, vergleichende Perspektive, in die Hochschulpolitik der einzelnen Bundesländer einbringen zu können. Damit kann die Arbeit der Landesvertretungen sinnvoll zu ergänzen und gemeinsam die Position der Studierenden insgesamt zu stärken.

Kontakte zu Ministerien können insbesondere durch Gremienarbeit, bspw. im Rahmen der AG Bologna oder des Ausschusses Mutterschutz relevant sein. Im Rahmen dieser Arbeit hält der fzs weiter Kontakt zu einzelnen Beamt*innen.

Die begonnene Professionalisierung, Dokumentation und Systematisierung der Lobbyarbeit werden unter Einbeziehung der Expertise der Geschäftsstelle fortgeführt. Insbesondere sollen Gesprächsfäden auch langfristig aufrechterhalten werden, unabhängig vom Personalwechsel beim fzs. Weiterhin sollen die Positionen des fzs zur Unterstützung inhaltlicher Gespräche zusammengefasst werden. Es soll um knappe Darstellungen der fzs-Positionen, bestenfalls mit dazugehörigen Daten, ergänzend zu Gesprächen übergeben zu können.

Der Vorstand wird, in Zusammenarbeit mit Ausschussmitgliedern, an Tagungen und Konferenzen teilnehmen und sich auch mit anderen hochschul- und wissenschaftspolitischen Verbänden vernetzen. Es wird darauf hingewirkt, den fzs präsenter auf Podiumsdiskussionen zu platzieren sowie Workshops oder Vorträge bei Tagungen anzubieten. Diese Veranstaltungen sind ein Ort, an dem politische Akteur*innen erreicht werden können. Hier können die direkt handelnden Personen vor Ort, insbesondere Hochschulleitungen oder -verwaltungen Anregungen bekommen, wie studentische Beteiligung vor Ort besser funktionieren kann und welche Bedarfe Studierende haben.

Bildungsarbeit

Bildungsarbeit und politische Bildung sind integraler Bestandteil der Arbeit des fzs. Politische Bildung sind nicht nur die Seminare, die der fzs veranstaltet, sondern auch Publikationen, Workshops und Verbreitung von bildenden Materialien. Diese ermöglichen, mit einem gemeinsamen Kenntnisstand kritische Diskussionen miteinander zu führen und diese auch in andere Kontexte zu tragen. Über politische Bildung hat der fzs also auch die Möglichkeit, Inhalte zu setzen und im besten Fall bestimmte öffentliche Debatten anzustoßen.

Daher ist es gut und sinnvoll, dass Bildungsarbeit einen großen Teil der Arbeit einnimmt. Dennoch hat der Aufwand dafür im letzten Jahr in nur wenigen Fällen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Reichweite des Bildungsangebots gestanden. Daher muss das Seminarkonzept dringend überarbeitet werden. In der letzten Förderrunde des BMBF wurden schon weniger, dafür größere Veranstaltungen beantragt. Dieser Versuch muss evaluiert und u.U. weiterentwickelt werden. Auch die intensivere Kooperation mit anderen Akteur*innen im Themenbereich der Veranstaltungen ist wichtig und muss weiter verfolgt werden.

Reader und Flyer sollten digital zugänglich gemacht werden und bei Bedarf aktualisiert werden. Es ist auszuwerten, welche Reader und Flyer noch aktuell sind und sich in Papierform lohnen. Manche Papier-Materialien sollten durch Artikel bzw. Infotexte auf der Website ersetzt werden, sofern sich kein Mehrwert des Papierformates ergibt.

Der Referent*innenpool muss weiter ausgebaut und stetig gepflegt und aktualisiert werden. Der neue fzs-Shop soll die Infomaterialien wieder bekannter machen. Außerdem werden Mitgliedsstudierendenschaften die Möglichkeit bekommen, über diesen Shop ihre eigenen Publikationen bundesweit zu vertreiben.

Das durch den fzs ins Deutsche übersetzte Spiel “Soy y Estoy” soll verstärkt an Studierendenschaften, studentische Gruppen, Institutionen und Personen aus der freien (Erwachsenen-)Bildung vertrieben werden. Die neue Website für das Spiel soll dabei unterstützen und ergänzt werden durch Workshop-Angebote im Kontext des Spiels.

Öffentlichkeitsarbeit

Der fzs wird seine im Amtsjahr 2018/19 verstärkte Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen und ausbauen. Die Betreuung der verschiedenen Social Media-Kanäle soll aufeinander abgestimmt werden. Weiterhin soll die Reichweite der einzelnen Kanäle deutlich erhöht werden, insbesondere mit Blick auf die Bewerbung von Seminaren und anderen Bildungsveranstaltungen. Die neue Struktur der Mailverteiler soll eine präzisere Kommunikation ermöglichen, außerdem sollen die Empfänger*innenzahl des Newsletters stetig erhöht und die Messenger-Broadcasts weiter etabliert werden.

Die Websites und Auftritte der verschiedenen Kampagnen und Projekte (g*m*g, fclr, never again!, Soy y Estoy) werden grundlegend überarbeitet und danach stetig gepflegt. Ebenso soll die fzs-Website nach der Überarbeitung des Themes besser gepflegt werden und sich mittelfristig zu einer Anlaufstelle für alle Fragestellungen studentischer Hochschulpolitik entwickeln.

Die Öffentlichkeitsarbeit des fzs beschränkt sich nicht nur auf Selbstdarstellung. Es sollen auch verstärkt hochschul- und wissenschaftspolitische Entwicklungen berichtet und kommentiert werden, um die Studierendenschaften auf aktuellem Stand zu halten. Weiterhin sollen die Studi-Vertretungen durch die fzs-Kanäle bei der eigenen politischen Arbeit unterstützt werden.

Kontakt zu Mitgliedern, Nicht-Mitgliedern und Landesvertretungen

Der fzs ist ein offener Verband und für alle Studi-Vertretungen ansprechbar. Die Kontaktpflege zu den Vertretungen vor Ort, insbesondere gegenüber den fzs-Mitgliedern, soll verstärkt werden. Das kann z.B. durch Workshop- und Vortragsangebote für studentische Gremien geschehen, um Skills zu vermitteln oder zu aktuellen Themen zu berichten.

Weiterhin soll an die Mitgliedschaftskampagne von Juni bis August 2019 angeknüpft werden, um die neuen Kontakte weiter zu pflegen und neue Verbandsmitglieder und Verbandsaktive zu gewinnen. Im Amtsjahr 2019/2020 soll eine weitere Informationskampagne über den fzs stattfinden. Außerdem sollen Nicht-Mitglieder noch aktiver angesprochen werden, um mindestens Kontakt aufzubauen, auch wenn sich nicht sofort ein Beitritt ergibt. Zusätzlich soll die inhaltliche Kooperation mit Nicht-Mitgliedern verstärkt werden, wenn es sich thematisch anbietet.

Die Arbeit im Bereich “Vorteile der Mitgliedschaft” wird in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Finanzen fortgesetzt und weitere Rahmenverträge und Angebote werden angestrebt, sofern tatsächlich ein Bedarf erkannt wird. Für Mitglieder und fzs-Gremien soll wieder ein interner Bereich auf der Homepage als Arbeitsplattform und Archiv entstehen.

Der stetige Austausch mit Landesstudierendenvertretungen und Studierendenvertretungen vor Ort ist aus mehrerlei Gründen notwendig. Hier kann zum einen dazu angeregt werden, die eigenen Themen auch auf Bundesebene

einzubringen. Zum anderen sind die Treffen sind ein guter Ort, um über bundesweite Themen zu informieren und über die Arbeit des fzs zu berichten und den Verband zu entmythisieren und Gerüchten entgegenzuwirken. Außerdem wird ein Hürdenabbau für den Kontakt möglich - denn mit einer Person, die bundesweit unterwegs ist, die man aber schon mal gesehen hat, ist es leichter, Kontakt aufzunehmen, als mit einem anonymen Verband. Außerdem bietet sich ein Überblick über das, was die Studierendenschaften vor Ort beschäftigt und welche Tendenzen sich bundesweit in der Hochschulpolitik abzeichnen. Zuletzt kann durch den Kontakt bei Landesvertretungen rechtzeitig Unterstützung angeboten werden. Daher soll der Vorstand auch weiter regelmäßig auf den Sitzungen der Landesstudierendenvertretungen präsent sein und lokale Studierendenvertretungen besuchen.

Geschäftsstelle und Personal

Die angefangene Neuverteilung der Arbeitsbereiche sowie die weitere Professionalisierung in der Geschäftsstelle werden fortgeführt, insbesondere das Themen-Monitoring sowie die Dokumentation der Lobbyarbeit.

Es werden regelmäßige Mitarbeiter*innengespräche etabliert, um Bedürfnisse schnell zu sehen und mittelfristige Aufgaben zu klären. Außerdem werden die regelmäßigen Teammeetings fortgeführt und sollten langfristiger geplant werden. Die Mitarbeiter*innen haben weiterhin die Möglichkeit, Fortbildungen und Bildungsurlaub zu machen und werden dazu ermutigt, das auch wahrzunehmen.

Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Projektstellen muss verbessert werden. Das ist eine Herausforderung, da die Projektstellen sehr selbständig und nicht ortsgebunden arbeiten. Gerade deshalb sollten die Zusammenarbeit, der Austausch und die Absprachen so konkret wie möglich sein und regelmäßig gemeinsam reflektiert werden.

Die Geschäftsstelle ist weiterhin zugänglich für Bündnisse und andere Verbände, wie beispielsweise die BRANDSTUVE, welche regelmäßig in der Geschäftsstelle tagt. Die Geschäftsstelle wird zunehmend als Ort für kurze, kleinere Seminare bzw. Workshoptage genutzt, die ergänzend zu den BMBF-geförderten großen Veranstaltungen angeboten werden können.

Gremien

Der fzs wird die Arbeit in verschiedenen Gremien weiterhin ernsthaft, zielstrebig und entschlossen auf viele Schultern verteilt fortsetzen. Gremienarbeit bedeutet nicht nur die Möglichkeit, an formeller Stelle Positionen in politische Prozesse einzuspeisen, sondern bietet darüber hinaus auch vielfältige Gelegenheiten, den Verband gegenüber Entscheidungsträger*innen sichtbarer zu machen und als ernstzunehmende Akteurin darzustellen. Dies gilt für alle Gremien, in denen der fzs aktuell mitwirkt (https://www.fzs.de/wo-ist-der-fzs-vertreten/), aber auch in potenziell weiteren.

Gremien des Bologna-Prozesses

Die kritische Mitarbeit in Gremien des Bologna-Prozesses hat im vergangenen Jahr eine neue Dimension angenommen, da der fzs erstmalig direkt an internationalen Arbeitsgruppen beteiligt ist. Diese Chance müssen wir strategisch nutzen. Das bedeutet, dass den Beteiligten klar sein muss, worauf hingearbeitet wird, dass es eine intensive Kommunikation zwischen Vorstand, AS und den Entsandten, in diesem Fall Ben und Ronja, gibt. Kernziel ist, möglichst studierendenfreundliche und eindeutige Formulierungen in die Dokumente zu bekommen. Vor allem die Aspekte “supportive environment” und Abbau von strukturellen Hürden vor dem Studium und im Studium sind hier wichtig. In der Zusammenarbeit sollte stets auf unsere Bündnispartner*innen geachtet werden und bedacht werden, dass die Dinge, die aktuell erarbeitet werden, dadurch dass ESU Teil der Arbeitsgruppe zur Erstellung des Communiqués (wichtigstes und tonangebendes Dokument des Bologna-Prozess) eine gute Chance haben, auch in der kommenden Phase des Bologna-Prozesses noch präsent zu sein.

Der fzs wird die hier formulierten Aufgaben sowie weitere tagespolitische Problemstellungen partizipativ und solidarisch mit seinen Mitgliedern, Verbandsaktiven und Bündnispartner*innen bearbeiten.

Ergibt sich aus dem Arbeitsprogramm.